



30.03.2021

Wie weiter mit der Pflege?

Auf einer gemeinsamen Veranstaltung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. diskutierten Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Fachwelt die drängendsten Fragen der Pflege. Dabei wurde deutlich, dass eine Reform der Pflegeversicherung noch in der aktuellen Legislaturperiode dringend geboten ist.

„Um den bestehenden Mangel an Pflegekräften entgegen zu wirken, muss der Pflegeberuf nicht nur durch eine höhere Entlohnung sondern durch bessere Arbeitsbedingungen attraktiver gemacht werden. Hierfür muss ein einheitliches Personalbemessungsinstrument eingeführt werden“, sagt Michael Löher, Vorstand des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. „Da sich die absehbar steigenden Löhne im jetzigen System direkt auf die Höhe der Eigenanteile der Pflegebedürftigen

niederschlagen werden, ist eine Reform der Pflegeversicherung dringend geboten – idealerweise noch in dieser Legislaturperiode.“

Die im Arbeitsentwurf des Bundesgesundheitsministeriums (BMG) kürzlich vorgelegten Vorschläge zur Senkung der Eigenanteile reichten aus Sicht vieler Diskutanten nicht aus, um pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen die Sorge vor finanzieller Überforderung zu nehmen.

Dr. Gerhard Timm, Geschäftsführer der BAGFW betont: „Neben der dauerhaften Begrenzung der Eigenanteile, die die Pflegebedürftigen in Ergänzung zu den Versicherungsleistungen selbst aufbringen müssen, sollten endlich die notwendigen Investitionen in den stationären Pflegeeinrichtungen durch die Länder angemessen finanziert werden.

Schließlich sollte die medizinische Behandlungspflege auch in der stationären Altenhilfe nicht als Leistung der Pflegekassen, sondern der gesetzlichen Krankenversicherung abgerechnet werden.“

Die Aufzeichnung der Veranstaltung ist unter [Soziales zukunftsfest machen - Wie weiter mit der Pflege? - YouTube](#) abrufbar.

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. ist das gemeinsame Forum von Kommunen und Wohlfahrtsorganisationen sowie ihrer Einrichtungen, der Bundesländer, der privatgewerblichen Anbieter sozialer Dienste und von den Vertretern der Wissenschaft für alle Bereiche der Sozialen Arbeit, der Sozialpolitik und des Sozialrechts. Er begleitet und gestaltet durch seine Expertise und Erfahrung die Entwicklungen u.a. der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, der Sozial- und Altenhilfe, der

Grundsicherungssysteme, der Pflege und Rehabilitation sowie der Migration und Integration. Der Deutsche Verein wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

In der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. arbeiten die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege (Arbeiterwohlfahrt, Deutscher Caritasverband, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland) zusammen. Ihr gemeinsames Ziel ist die Sicherung und Weiterentwicklung des Sozialstaates durch gemeinschaftliche Initiativen und sozialpolitische Aktivitäten.

Dateien

[Pressemeldung: Pflegeveranstaltung](#) 148 KB

[Zum Seitenanfang](#)

Themen

[Erwartungen zur Europawahl](#)

[Nachhaltigkeit und Klimaschutz](#)

[Altenhilfe und Pflege](#)

[Arbeitsmarktpolitik und Grundsicherung](#)

[Betreuungsrecht](#)

Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligendienste

Europa

Fachkräftesicherung

Gesundheitswesen

Kinder, Jugend, Familie und Frauen

Migration und Integration

Qualität

Qualitätsindikatoren in der stationären Pflege

Gemeinnützigkeit und Steuern

Vergaberecht

Wohlfahrt digital